Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3623

31. 01. 96

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolf-Michael Catenhusen, Horst Kubatschka, Dr. Peter Glotz, Tilo Braune, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Peter Enders, Gernot Erler, Lothar Fischer (Homburg), Katrin Fuchs (Verl), Norbert Gansel, Stephan Hilsberg, Volker Kröning, Doris Odendahl, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Gudrun Schaich-Walch, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Heinz Schmitt (Berg), Bodo Seidenthal, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Wolfgang Thierse, Franz Thönnes, Reinhard Weis (Stendal), Uta Zapf, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Simone Probst, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Gerald Häfner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/3196 –

Nichtverbreitung von Waffenstoffen und der Einsatz von hochangereichertem Uran im geplanten Forschungsreaktor Garching

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt das Bestreben, auch in Zukunft leistungsfähige Neutronenquellen in Deutschland und in Europa für Forschungszwecke bereitzuhalten. Dazu zählen auch Forschungsreaktoren. Experimente an Neutronenquellen sind für die Vertiefung unseres Wissens sowie für zahlreiche Anwendungsfelder in Physik, Materialwissenschaften, Biologie, Chemie und Medizin unverzichtbar.

2. Der Deutsche Bundestag unterstützt die weltweiten Bemühungen um die Nichtverbreitung von Atomwaffen und von atomwaffenfähigem Material. Er hält es deshalb für erforderlich, beim Neubau von Forschungsreaktoren in Deutschland und in der Welt auf die Verwendung von hochangereichertem Uran (high enriched uranium, HEU) als Brennstoff zu verzichten. Er fordert die Bundesregierung auf, weltweit auf weitere Fortschritte bei der Umstellung von bestehenden, HEU-betriebenen Forschungsreaktoren auf den Betrieb mit niedrig angereichertem Uran (low enriched uranium, LEU) zu drängen. Der Deutsche Bundestag unterstützt alle Bemühungen, die darauf abzielen, einen zivilen Käufermarkt für hochangereichertes Uran zu unterbinden. Sollten die bestehenden Planungen für den neuen Forschungsreaktor München II (FRM II) in Garching

unverändert verwirklicht werden, würde ein ziviler Markt für atomwaffenfähiges Uran aus Rußland entstehen, von dem in Zukunft auch industrielle Schwellenländer wie Indien profitieren könnten, die Forschungsreaktoren mit eindeutig militärischen Absichten betreiben.

3. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Initiatoren des geplanten Forschungsreaktors FRM II eine ernsthafte Prüfung einer alternativen Reaktorkonzeption, insbesondere die Planung eines mit LEU betriebenen Forschungsreaktors, nicht vorgenommen haben. Er äußert sein Unverständnis dafür, daß die Bundesregierung bis heute keine proliferationspolitischen Bedingungen an die Konzeption des FRM II gestellt hat, obwohl die Bundesregierung im Unterschied zur Technischen Universität München und zur Bayerischen Staatsregierung eine besondere außenpolitische Verantwortung wahrzunehmen hat.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre Beteiligung an der Finanzierung des Forschungsreaktors FRM II an die Bedingung des Einsatzes von niedrig angereichertem Uran zu knüpfen sowie Mittel zur Mitfinanzierung der Entwicklung eines alternativen Reaktorkonzeptes bereitzustellen, das die Verwendung von LEU bei einem Reaktorneubau in München ohne unzumutbare Beeinträchtigung der Forscherinteressen sicherstellt.

   Alternativ zu einem LEU-betriebenen Forschungsreaktor sind auch der Bau einer Spallationsneutronenquelle und der Bau zusätzlicher Meßplätze im ILL-Hochflußreaktor in Grenoble zu prüfen.

Bonn, den 31. Januar 1996

Wolf-Michael Catenhusen
Horst Kubatschka
Dr. Peter Glotz
Tilo Braune
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Peter Enders
Gernot Erler
Lothar Fischer (Homburg)
Katrin Fuchs (Verl)
Norbert Gansel
Stephan Hilsberg
Volker Kröning
Doris Odendahl
Dr. Edelbert Richter
Günter Rixe
Gudrun Schaich-Walch
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Heinz Schmitt (Berg)
Bodo Seidenthal
Dr. Peter Struck
Jörg Tauss
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Reinhard Weis (Stendal)
Uta Zapf
Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Die Förderung der Nichtverbreitung von Kernwaffen gehört im Konsens aller Fraktionen des Deutschen Bundestages zu den erklärten Zielen der deutschen Außenpolitik. Dies wurde durch den einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 23. Juni 1993 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen deutlich unter Beweis gestellt. Bestandteil einer umfassenden Nichtverbreitungspolitik ist seit Ende der 70er Jahre die Zurückführung des Einsatzes von hoch angereichertem Uran auch in Forschungsreaktoren. Diesem Ziel dienten die Konferenzen für die Bewertung internationaler nuklearer Brennstoffkreisläufe (INFCE) in den Jahren 1977 und 1980 und das von den USA initiierte Programm zur Anreicherungsreduzierung von Brennstoff in Forschungsreaktoren (RERTR). Deutschland war an diesem Programm mit Erfolg beteiligt. Die technologischen Kenntnisse für einen Forschungsreaktorbetrieb mit niedrig angereichertem Uran sind in Deutschland vorhanden; die Forschungsreaktoren in Geesthacht und Berlin sind bereits auf den Betrieb mit niedrig angereichertem Uran umgestellt bzw. vorbereitet worden.

Weltweit ist noch eine Reihe alter Forschungsreaktoren in Betrieb, die hoch angereichertes Uran verwenden. Deutschland plant aber als erstes Land seit den INFCE-Konferenzen den Neubau eines mit HEU betriebenen Forschungsreaktors. Die USA haben vergleichbare Planungen vor kurzer Zeit auch aus Gründen der Nonproliferationspolitik aufgegeben.

Bedenken gegen das Reaktorkonzept des FRM II wegen der Verwendung von HEU sind in Deutschland seit 1993 erhoben worden. Es ist davon auszugehen, daß der künftige Forschungsreaktor in München nicht auf Dauer mit hoch angereichertem Uran aus Beständen von EURATOM oder den USA betrieben werden kann. Durch die Antworten der Bundesregierung auf Fragen von Abgeordneten im Dezember 1995 und im Januar 1996 ist offenkundig geworden, daß durch Verhandlungen von EURATOM mit russischen Anbietern eine Versorgung des FRM II mit HEU aus russischen Beständen ermöglicht werden soll. Die bisherige Argumentation der Bundesregierung, derzufolge eine Versorgung des FRM II mit Brennstoff aus westlichen Quellen sichergestellt sei, hat sich als unrichtig erwiesen. Deshalb ist eine vorläufige Aussetzung der Mitfinanzierungszusage des Bundes für den FRM II erforderlich, bis über ein alternatives Reaktorkonzept auf LEU-Basis entschieden ist.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333